

Cam.

36

Cam. 36

U e b e r
das formelle Prinzip
d e r
Staatswirthschaft
a l s
Wissenschaft und Lehre

v o n

Dr. H. E S C H E N M A Y E R .

ordentlichem Professor der Staatswirthschaft an der
Universität zu Heidelberg.



Heidelberg,
b e y M o h r u n d Z i m m e r .
1 8 1 5 .

BSB
MÜNCHEN

07/93/46

Vorbericht.

Ueber die Form der Staats-Wirthschaft, als Wissenschaft und Lehre betrachtet, waren die Gelehrten und Schriftsteller bisher sehr verschiedener Meinung. Mehrere verstanden unter Staats-Wirthschaft die bloße Finanz-Wirthschaft. Andere rechneten, neben der National-Oekonomie und Finanz-Wirthschaft, auch noch die Polizey dazu. Der genialische Herr Graf von Soden setzte die National-Oekonomie, als Grund-Wissenschaft, an die Spitze der ganzen Staats-Haushaltung, worunter er die Staats-Wissenschaft oder Staats-Kunde verstehet, und sagt in seiner National-Oekonomie I. S. 23. Die Staats-Wirthschafts-Kunde sey zusammengesetzt aus dem, was man

bisher Staats-Polizey- und Staats-Finanz-Wirthschafts-Kunde nannte. Er fand einige Anhänger. Herr Professor Weber in Breslau subsumirte unter die politische Oekonomie: die National-Oekonomie, die Staats-Wirthschaft, welche wieder begreift: die ganze Polizey und die Finanz-Wirthschaft. Herr Professor Poelitz begreift unter Staats-Wirthschaft: die Staats-Wirthschaft im engern Sinne, worunter er den Einfluss der höchsten Gewalt auf das National-Vermögen versteht, die Finanz-Wissenschaft und die Polizey-Wissenschaft. Herr Professor Sartorius in Göttingen trennet mit Adam Smith die National-Oekonomie und Staats-Wirthschaft von einander. Der verstorbene Herr Professor Kraus in Königsberg subsumirte unter Staats-Wirthschaft: die Staats-Wirth-

schaft im engern Sinne, welche die Bereicherung der Nation, also die National - Oekonomie, zum Zwecke hat, und die angewandte Staats - Wirthschaft, welche mehr den politischen Theil der Staats - Oekonomie ausmachen könnte. Herr Kriegs-Rath Krug versteht unter Staats - Oekonomie: den Einfluss der Regierung auf das National - Einkommen und National - Vermögen und dann die eigentliche Finanz - Wirthschaft. Herr Professor Behr hat in seiner Zeitschrift, betitelt: die Verfassung und Verwaltung des Staats, im ersten Bande und zweyten Hefte, einen eigenen Aufsatz unter dem Titel: Ueber den herrschenden Mißbrauch des Ausdrucks „Staats - Wirthschaft“ und dessen richtige Deutung und Anwendung, geliefert, worin er weitläufig auseinander setzt, daß

Staats-Wirthschaft nichts anders sey, als die Finanz-Verwaltung, und die National-Oekonomie führet er, mit Herrn Grafen von Soden, als eine eigene, selbstständige, Wissenschaft, auf, und trennet diese von der Staats-Wirthschaft. Dafs die National-Oekonomie eine eigene, selbstständige Wissenschaft sey, räume ich ihm und dem Herrn Grafen von Soden vollkommen ein, und bin selbst dieser Meinung, so wie ich auch die meisten Prädicate, welche Hr. Gr. v. S. ihr so schön zutheilt, recht gern unterschreibe, aber ich bin nicht der Meinung, dafs die National-Oekonomie nicht, in Rücksicht auf die Form, unter die Staats-Wirthschaft subsumirt werden müsse, sondern ich unterordne sie ihr wie Species zum Genus, ohne dafs sie jene meisten Prädicate dadurch verliert. Herr Professor Harl in Erlangen setzt der Staats-Wirthschaft

die Finanz - Wissenschaft entgegen, und versteht unter jener: die systematische Theorie von dem National-Reichthume und dessen Verwahrung unter dem Schutze der Regierung, und unter dieser: die Lehre von der Erhebung, Verwaltung und Verwendung der Staats - Revenüen. Freilich sagt er auch in seinem Handbuche der Staats - Wirthschaft und Finanz §. 27: die Staats - Wirthschaft sey die Wirthschaft, welche der Staat zu führen habe, d. h. die Verwaltung des Staats - Vermögens im weitesten Sinne, und §. 33. ist die Staats - Wirthschafts - Wissenschaft ihm diejenige Wissenschaft, welche die Regeln lehret, nach denen der Staat für das ganze National - Vermögen zu sorgen und dasselbe zu leiten habe.

Alle Lehrer und Schriftsteller verstanden bisher da, wo das Wort — Staat — gebraucht oder irgend einem andern Worte voran gesetzt wurde, immer die Tendenz und die Prädicate, welche der Regierung zugeschrieben werden, da doch in dem Begriffe — Staat — nicht nur der Regent oder die Regierung, sondern auch das Volk oder die Nation ligt. Wenn ich mir einen Staat denke: so denke ich mir die Regierung und die Nation, zusammen, keinen Theil davon allein. Dieser im collectiven Sinne genommene Begriff gibt mir daher die aus der Natur der Sache selbst fließende Form für die Staats-Wirthschaft, als Wissenschaft und Lehre, nämlich: daß unter Staats-Wirthschaft nicht nur die National-Wirthschaft, sondern auch die Wirthschaft der Regierung, also die Finanz-Wirthschaft, subsumirt

werden müsse. Dieser Begriff bezwecket freilich: daß viele andere bisher mechanisch in die Gewohnheit sich eingeschlichene Ausdrücke nicht mehr in dem ihnen seither untergelegten Sinne gebraucht werden können. So z. B. Staats-Einkommen, Staats-Aufwand, Staatsbedürfnisse u. s. w., weil unter Staats-Einkommen, in diesem collectiven Sinne genommen, alles Einkommen zu verstehen ist, welches sowohl die Nation, als auch die Regierung, hat, so auch von Staats-Aufwand, Staats-Bedürfnissen u. s. w. Desswegen wird man zur Unterscheidung National-Einkommen und Staats-Regierungs-Einkommen sagen müssen, um jedes ganz bestimmt zu bezeichnen, und unter dem Ober-Begriffe — Staats-Einkommen — die Unter-Begriffe — National-Einkommen und Staats-Regierungs-Einkom-

men, zusammen, zu begreifen haben, ebenso bey allen dergleichen Ausdrücken.

Ich weiß zwar recht gut, daß alle aus dieser Ansicht hervorgehende neue und weitere Bedeutungen alter Ausdrücke, theils in der Rechtslehre, und theils in der ganzen Staats-Politik, überhaupt in der Staats-Geschäfts-Sprache, allgemein eine große Umänderung der ihnen bisher untergelegten Begriffe verursachen muß; ich fühle es nur zu sehr, daß es unendlich schwer fallen wird, und vielen Schwierigkeiten unterworfen ist, wenn man Ausdrücken ihre durch einen lang gewohnten Sprach-Mechanismus erhaltenen Begriffe nehmen und ihnen andere unterschieben will; allein es ist hier um bestimmte, deutliche und verständliche Mittheilung und Unterscheidung zu thun, welches in der Wissenschaft durchaus nothwendig ist.

Für die Wissenschaft muß es allerdings ein Gewinn seyn, wenn man die Begriffe aus der Natur der Sache selbst schöpft, und sie so, mittelst einer zweckmäßigen Bezeichnung, welche analog mit der Sache ist, in eine genau unterscheidende Erkenntniß bringen kann. Auch für die Wissenschaft und Lehre der Staats-Oekonomie ist es ein großer Gewinn, wenn sie einmahl eine allgemeine, aus ihrer eigenen Analyse fest bestimmte Form erhält, damit nicht mehr so vielerley verschiedene Begriffe, Definitionen und Subsumtionen in ihrer Lehre herrschen. Es ist ferner auch einmahl Zeit, in diese Wissenschaft, obgleich sie, als solche, noch sehr jung ist, ein festes formelles Prinzip zu bringen, welches das Genus und die Species richtig bezeichnet, und letztere dem erstern gehörig unterordnet, so wie auch den wirtschaftlichen, also empirischen,

Theil von der Politik, als dem rationellen Theile, gehörig trennet und unterscheidet.

Diesen letzten rationellen Theil, oder die Politik der Staats-Oekonomie-Gesetzgebung, erachtete ich vorzüglich einer besondern Ausscheidung werth, weil in diesem von eigentlicher Wirthschaft an sich, welcher, in der Regel, bloß eine empirische Tendenz unterliegt, nicht mehr die Rede seyn kann, sondern die Weisheit und die Klugheits-Regeln, zur mittelbaren und unmittelbaren Beförderung der ganzen Staats-Oekonomie, nicht nur in wirthschaftlicher, sondern auch in rechtlicher Beziehung, in Betrachtung kommen. Die Politik, oder der rationelle Theil, brachte mich auf die Entwicklung einer schon lange gehegten Ansicht von dem Unterschiede zwischen ihr und der P o l i z e y, weil ich der erstern keine andere, als

eine *constitutive* und der letztern keine andere, als eine *executive* Tendenz zutheilen zu können in der Ueberzeugung mich befinde. Ich habe freilich dadurch manchem Polizey-Lehrer und Schriftsteller seine mühsam gesuchten Begriffe und Definitionen vernichtet; allein einem jeden muß es erlaubt seyn, auch seine Ansicht und Meinung darüber darzulegen, also auch mir.

Diese berührten Gegenstände waren die Absicht gegenwärtiger Abhandlung, welche ich nur als einen Versuch zur Bestimmung eines formellen Prinzips zu beurtheilen bitte. Mögen tiefere Kenntnisse besitzende Periti in arte darüber urtheilen, und mir entweder Recht oder Unrecht geben, immer erwarte ich, im letztern Falle, keine Animositäten, sondern richtige, die Sache selbst begründende Urtheile und Zurechtweisungen, auch verlange

ich durchaus kein anderes Verdienst dabey, als die Sache auch von diesen, meines Wissens noch nie berührten, Seiten einmahl zur Sprache gebracht zu haben, damit sie immer noch mehr beleuchtet, und vielleicht dadurch die Veranlassung gegeben werden möge, für die Staats-Wirthschafts-Wissenschaft eine allgemeine, feste Form endlich zu erlangen, die ihr, in Rücksicht auf die Eigenschaft einer Lehre, so nöthig ist.

Heidelberg, den 2. Jan. 1815.

Der Verfasser.

§. I.

Eine jede Wissenschaft, worunter man eine Reihe gleichartiger Kenntnisse, zu einem organischen Ganzen verbunden, versteht, muß an der Spitze ein oberstes Prinzip haben, von welchem alle Begriffe und Grundsätze der Wissenschaft ausgehen, und sich wieder auf dasselbe zurück beziehen. Jede Wissenschaft muß aber auch eine bestimmte, aus der Sache, dem Wesen, selbst sich resultirende Form haben, in welcher das organische Ganze oder das System zur Erkenntniß, zur Auffassung des Geistes, dargestellt, also gelehrt werden kann. Beyde, Form und Wesen, müssen einander wechselseitig durchdringen. Die Form muß nothwendig bestimmt werden durch das Wesen, so wie das Wesen nothwendig erkannt wird in der Form.

§. 2.

Die Staatswirthschaft, als Wissenschaft betrachtet, bedarf um so eher eines formellen Prinzips, da sie in der Eigenschaft, als Wissenschaft, noch sehr jung, weit jünger, als die meisten andern Wissenschaften, ist, und ihr bisher ein aus der Natur ihrer Tendenz fließendes formelles Prinzip so ziemlich gemangelt hat. Um nun ein solches Prinzip für sie auffinden zu können; wird man seine Zuflucht nothwendiger Weise zur Analysirung des Staates und dessen Wirthschaft nehmen müssen.

§. 3.

Der Staat ist eine auf einem bestimmten Raum und unter Gesetzen, zur vollkommensten Erreichung des Zweckes des Lebens oder des menschlichen Daseyns, organische Totalität vereinigter menschlicher Kräfte. Höchst mögliche Entwicklung, Entfaltung und Ausbildung der physischen und geistigen Kräfte ist der Zweck

des Lebens, des menschlichen Daseyns, also höchst mögliche physische und geistige Vervollkommnung. Der Staat bestehet aus Menschen. Er ist von Menschen und für Menschen gebildet, also muß auch seine Tendenz auf Menschen gerichtet seyn, mithin auch den Menschheitszweck, den Zweck des Lebens, zu seinem Zwecke haben.

§. 4.

Der Staat mag nun als ein Werk entweder des Zufalls, oder der Willkür, oder als ein Organismus, aus der Natur selbst construirt, angesehen werden, immer kann jener Zweck nur mittelst des Zustandes eines Staates, erreicht werden, worin die Anstalten und Einrichtungen, zur Sicherheit der Person und des Eigenthums und zur Beförderung jener Vervollkommnung, die Mittel zum Zwecke sind. Aber selbst der Zustand eines Staates ist nicht das höchste und ewig bleibende Moment, denn wenn jener Zweck erreicht ist: so ist der Zustand eines Staates entbehrlich. In der Idee des

Staates ligt also nur das nothwendige Uebergangs - Moment aus der tiefsten Rohheit zur vollendeten Sittlichkeit, wo kein Akt des Regierens mehr nöthig ist. Mag der Zustand der vollendeten Sittlichkeit bey unserer menschlichen Unvollkommenheit auch nie erreicht werden: so bleibet er doch das zu erstrebende Ideal. Gegenwärtig aber und noch lange, wenn nicht auf immer, auf dem Standpuncte des Zustandes eines Staates, müssen wir bey demselben stehen bleiben, und seine weitere Analyse verfolgen.

§. 5.

Der Staatszweck hat also die Beförderung der allgemeinen höchst möglichen Vervollkommnung der im Staate lebenden Menschen zu seiner Tendenz. Zur Erreichung des Staatszweckes ist dem Staate eine zweckmäßige Organisation, also eine bestimmte Verfassung und Verwaltung, nothwendig, welche Staats - Oberhaupt oder Regierer und Regierte voraussetzet. Regent oder Regierung und Volk oder Nation, zusammen, bilden den Staat. Regierung ohne Volk,

oder Nation ohne Regierung, machen keinen Staat aus. Zu dem Begriffe eines Staates gehören also Regent und Volk, zusammen, weil weder Regent oder Regierung allein, noch das Volk oder die Nation allein, sondern nur beyde Theile, zusammen, den Staat bilden. Ein bestimmter und begrenzter Raum wird natürlich dabey vorausgesetzt, weil Menschen immer einen Raum einnehmen, und ihre Vereinigung ein geschlossenes Ganzes ausmacht, so wie auch die Unabhängigkeit der Gesellschaft in jenem Begriffe ligt, indem ohne diese die vollkommenste Erreichung des Menschheitszweckes nicht möglich ist.

§. 6.

Der Begriff Staats-Oberhaupt, Regent oder Regierung schlieset in sich die Leitung der Staats-Gesellschaft zum Staatszwecke. Diese Leitung erfordert eine technische Absonderung der mannigfaltigen Gattungen der aus dem gesellschaftlichen Vereine entspringenden verschiedenen Verhältnisse und Geschäfte: Staats-Regie-

rungszweige. Diese müssen die Mittel zur Lebendigmachung des Staats, zur Erreichung des Staatszweckes und daher ihrer auch so viele seyn, als die Möglichkeit dieser Erreichung zur vollkommenen Realisirung erfordert. Die Sicherung der Unabhängigkeit des Staates in seinen äußern Verhältnissen begreift die Zweige des Militärs und der Diplomazie. Zu seinen innern Verhältnissen werden erfordert: die Zweige der Justiz, der bürgerlichen, peinlichen, u. s. w. Die Zweige zur Vervollkommnung der geistigen Cultur: intellectuelle und sittliche Bildung: Wissenschaften, Künste, Religion, und die Zweige zur Vervollkommnung des physischen, sinnlichen Wohlstandes: Staatswirthschaft.

§. 7.

Wenden wir nun diesen Begriff vom Staat auf den letztern Zweig, die Staatswirthschaft, an, und analysiren diese weiters: so heißt sie die Wirthschaft im Staate. Da aber der Staat, als Gesamtheit, nicht wirthschaften kann, son-

dern nur die Theile, welche den Staat bilden, treiben Oekonomie: so muß der Begriff — Staatswirthschaft, Staats-Oekonomie, nicht nur die Wirthschaft des Volkes oder die National-Oekonomie, sondern auch die Wirthschaft des Regenten oder der Regierung in sich fassen, welche letztere Wirthschaft man sehr gut mit dem Namen — Finanz-Oekonomie — bezeichnet, weil es sich von der Verwaltung der Einkünfte zur Bestreitung der Staatszwecksbedürfnisse handelt.

§. 8.

Um die Lehre und Wissenschaft der Staats-Oekonomie in ihrer rein wirthschaftlichen, also empirischen Tendenz, wie es sich durchaus gehört, zu erhalten, muß sie sich nur auf die Beförderung des physischen, nicht aber des geistigen Wohlstandes der Staatsglieder erstrecken. Obgleich die geistigen Kräfte die *conditio sine qua non* in allem Denken und in allen Handlungen der Menschen sind; so hat die

Staats-Oekonomie doch nichts damit zu schaffen, sie kann dieselben nicht in ihre Lehre und Wissenschaft aufnehmen, weil sie einem andern Staats-Regierungszweige, der Bildungs- und Erziehungs-Politik, zugetheilt werden, und dort ihre Cultur zu erwarten haben müssen.

§. 9.

Die Staats-Oekonomie hat demnach die Begründung und Beförderung des physischen Wohlstandes des ganzen Staates, also der Staats-Regierung und der Staats-Bürger, zum Zwecke. Sie sondert sich aber in zwey Haupttheile ab, nämlich: in den der Volkswirtschaft (National-Oekonomie) und in den der Wirtschaft des Regenten, als solchen, oder der Staats-Regierung (Finanz-Oekonomie). Beyde befolgen verschiedene Regeln in der Ausübung ihrer Wirtschaft.

§ 10.

Die National-Oekonomie beschäftigt sich mit der Erwerbung des National-Einkommens und der Vermehrung desselben

zum Behufe des National-Wohlstandes und Reichthums, und die Finanz-Oekonomie mit der Herbeyschaffung und Verwendung des Staats-Regierungs-Einkommens für den Staatszweck. Die Tendenz jener ist: Erreichung des höchst möglichen Grades von physischem Wohlstande der Nationalglieder, und die Tendenz dieser: die Erreichung des physischen Wohlstandes, in Ansehung der Staats-Regierungs-Existenz, rücksichtlich auf den Staatszweck. Die Staats-Regierung soll keinen Reichthum, welchem immer Vorrath, Ueberschuß, und zwar viel Vorrath, zum Grunde ligt, sondern nur Wohlstand, also nur so viel Einkommen, haben, als sie gerade zur vollkommenen Erreichung des Staatszweckes, zur Erhaltung und Bewahrung des Staats-Vereins, bedarf, also was eine ökonomistische Staats-Organisation nothwendig erfordert, worunter wir diejenige Organisation verstehen, in welcher weder mehr, noch weniger, sondern gerade so viele Anstalten und Einrichtungen zur Leitung des Staates getroffen sind, als die vollkommene Er-

reichung des Staatszweckes auf dem kürzesten Wege nothwendig macht. In dem Begriffe Reichthum ligt ferner das Vermögen, Luxus-, Prachts- und Ueppigkeits-Bedürfnisse zu befriedigen, und einen solchen Aufwand soll ebenfalls die Staatsregierung nicht machen.

§. 11.

Der eigentliche Zweck der National-Oekonomie ist: Genuß, höchst möglicher physischer Genuß, oder, im technischen Ausdrucke, Consumption, welche die Erwerbung, Vermehrung und Vertheilung des National-Einkommens, als Bedingung, voraussetzet, und der Zweck der Finanz-Oekonomie ist: Befriedigung der zur Erreichung des Staatszweckes nothwendigen Bedürfnisse.

§. 12.

Die National-Oekonomie, welche die Urproduction, industrielle und commercielle Production begreift, ist aber die

Haupt-Grundlage, worauf die ganze Staats-Oekonomie beruhet, denn durch jene verschafft sich die Nation dasjenige Einkommen, woraus die sämtlichen Befriedigungsmittel der Nationalglieder und bey weitem die meisten Bedürfnisse der Staatsregierung erlangt werden. In der Lehre derselben müssen daher die Quellen des National-Einkommens und die Mittel zu dessen Erhaltung und Erhöhung aufgesucht werden. Die Untersuchung des Ursprungs und des Wesens des National-Vermögens und Einkommens und die Aufstellung der Gesetze und Bedingungen, unter welchen die Erwerbung, Vermehrung, Vertheilung und die Consumption dieses Einkommens am zweckmäßigsten und richtigsten erreicht wird und vor sich gehet, kann man den theoretischen oder speculativen Theil der National-Oekonomie, die Grundsätze, Regeln und Bedingungen aber, welche jede einzelne Gewerbs-Art in der Ausübung zu befolgen hat, um die wirkliche Gewinnung ihrer respectiven Producte, auf die leichteste und beste Weise, zu erzielen, den

practischen oder angewandten Theil der National-Oekonomie heißen.

§. 13.

Die Lehre und Wissenschaft der National-Oekonomie darf nicht auf schwankende und negative Begriffe und Grundsätze gebauet werden; sie muß, da sie einen der ersten und wichtigsten Gegenstände der menschlichen Gesellschaft, den physischen Wohlstand, zu ihrer Tendenz hat, eine feste und positive Grundlage haben. Die Güter, Genuß-Mittel, deren Werth und Preis machen in der National-Oekonomie, wie in jeder einzelnen Wirthschaft, eine Hauptsache aus, denn die Production der Güter und ihr Werth sind das Haupt-Bestreben aller Produzenten. Auf dem Besitze der Güter, ihres Werths und Preises ruhet die Haupttriebfeder aller Production civilisirter Gesellschaften. Wenn man daher in der Wissenschaft und Lehre der National-Oekonomie den Begriff eines Gutes und den des Werthes desselben von der Vorstellung und Meinung der Menschen

abhängig macht: so ruhet die ganze Wissenschaft und Lehre der National-Oekonomie auf einer schwankenden und negativen Basis, und alle daraus hergeleitete Grundsätze erhalten ebendieselbe unsichere und schwankende Eigenschaft, die nur auf subjective Bedingungen sich gründet. Die Güter, Genuß-Mittel, Producte, müssen in der National-Oekonomie und ihrer Lehre, schon als werthvoll, als genießbar, als zu irgend einem Zwecke wirklich bestimmt und brauchbar vorausgesetzt, angenommen, und nicht erst aus der Vorstellung und Meinung, welche die Menschen von ihnen und ihrem Werthe haben, also nicht aus subjectiven Bedingungen, abstrahirt werden, weil alle Produzenten nur unter jener Voraussetzung und Ueberzeugung produziren. Bey philosophischen, speculativen Untersuchungen gehen solche Behauptungen wohl an; sie tragen auch zur Gründlichkeit der Wissenschaft vieles bey, und sind in solcher Beziehung immer nützlich. Sobald aber eine Wissenschaft, eine Lehre, fest begründet werden soll: so können keine

negative und schwankende Begriffe und Grundsätze, sondern es müssen positive und feste zur Basis angenommen werden.

§. 14.

Die Finanz-Oekonomie oder die Wirthschaft der Staats-Regierung schöpft die Befriedigungs-Mittel ihrer Bedürfnisse aus dem Staats-Vermögen, worunter wir alles Vermögen in dem ganzen Staats-Umfange verstehen, und welches sowohl denjenigen Theil, den die sämmtlichen National-Glieder in ihrem individuellen Besitze haben, der also das National-Vermögen ist, als auch denjenigen Theil begreift, der nicht im individuellen Besitze der Nationalglieder sich befindet, und der Regierung zur Benutzung überlassen ist, mithin Staats-Regierungs-Vermögen heißen kann, und die Domänen und Regale enthält. Aus diesem beyderseitigen Vermögen beziehet die Staats-Regierung die Befriedigungs-Mittel ihrer Bedürfnisse, also ihr Einkommen, das sich wieder in mittel-

bares, nämlich: in das aus dem National-Vermögen, und in unmittelbares Staats-Regierungs-Einkommen, nämlich: in das aus Domänen und Regalen gezogen, abtheilen läßt,

§. 15.

Die National-Oekonomie, in dem gegenwärtigen Zustande der Staats-Einrichtungen, bedarf des kräftigen Schutzes der Staats-Regierung, um ihren Zweck zu erreichen, daher ligt demjenigen Staats-Regierungszweige, welcher die Politik der Staats-Oekonomie in seinem Ressort hat, die Pflicht ob: alle Hindernisse, welche das National-Einkommen in seiner Ausbeute hemmen, aus dem Wege zu räumen, und alle Mittel, welche der Beförderung desselben ersprieslich sind, in Anwendung zu bringen. Bey weitem der größte Theil der Befriedigungs Mittel der Staatszwecks-Bedürfnisse beruhet auf dem Einkommen aus dem National-Vermögen; deßwegen muß die Staats-Oekonomie-Gesetzgebung die Quellen desselben vorzüglich in Schutz

nehmen, und solche Regeln festsetzen, durch welche die National-Glieder in den Stand gesetzt werden, sich nicht nur ihr hinreichendes Einkommen verschaffen, sondern auch dasselbe vermehren zu können. Die National-Oekonomie kann also auch nach §. 7 und 9 nicht an die Spitze der Staats-Wirthschaft, noch viel weniger, als oberstes Prinzip der gesammten Staatshaltung oder der Staats-Politik, aufgestellt werden.

§. 16.

Die Finanz-Oekonomie, welche sich mit der Erhebung, der Verwendung des Staats - Regierungs - Einkommens und der Nachweisung dieser Erhebung und Verwendung (Finanz-Rechnungswesen) beschäftigt, und bey weitem am meisten das National-Einkommen in Anspruch nimmt, muß durchaus immer die Gesetze der National - Oekonomie, in allen finanziellen Operationen, als ein allgemein heiliges Prinzip, respectiren, und dieselben nie verletzen, denn nur der National - Wohlstand kann

den Staats-Regierungs-Wohlstand und überhaupt den Staats-Wohlstand, in physischer Hinsicht, fest und dauerhaft begründen. Berücksichtigung der national-ökonomistischen Prinzipien, sowohl in der Erhebung, als in der Verwendung des Staats-Regierungs-Einkommens, muß daher der Finanz-Oekonomie eine vorzügliche Pflicht seyn.

§. 17.

Die Bestimmung der Gesetze zum Besten der National-Oekonomie und zur Erreichung ihres Zweckes (§. 10, 11, 12 u. 15), und die Aufsicht über die Befolgung derselben von Seite der Finanz-Oekonomie (§. 16) kann nicht mehr in die Kategorie einer Wirthschaft gerechnet werden. Sie ist kein Wirthschaften mehr; sie hat es weder mit Production, noch mit Consumption, weder mit Einnahme, noch mit Ausgabe, an sich, als der alleinigen Tendenz einer jeden Wirthschaft, zu thun. Die National-Oekonomie und Finanz-Oekonomie müssen an ihre rein wirthschaftliche Sphäre geheftet bleiben, und derjenige Staats-Regierungs-

Zweig, welcher sich mit der Gesetzgebung, überhaupt mit der Politik der Staats-Oekonomie, beschäftigt, kann nicht mehr eine Wirthschaft genannt, also auch nicht unter dem Central-Begriffe — Staatswirthschaft, — als Form der Wissenschaft, dargestellt werden, da das Wesen der Gesetzgebung und Politik eine viel höhere Tendenz hat, und von dem der Wirthschaft sehr verschieden ist.

§. 18.

Es kommen hier die Gesetze, Anstalten und Einrichtungen in Berührung, durch welche die Staats-Regierung ihr eigenes, dauerndes Beste mit dem Wohl der Nation verbindet, und so ein harmonisches Ganzes bildet, das National-Wohlstand und Staats-Regierungs-Wohlstand, also Staats-Wohlstand, herbey ziehet. Die Bestimmung und Beachtung dieser Gesetze, Anstalten und Einrichtungen, und die Anwendung der zweckmässigsten und tauglichsten Mittel, in der Sphäre der Staats-Oekonomie, wird sich daher mit mehrerem Rechte die Politik

der Staats - Oekonomie - Gesetzgebung und Verwaltung nennen lassen. Diese ist der Central-Punct aller national- und finanzwirthschaftlichen Weisheit, welche über die ganze Staats - Oekonomie wachen, sie leiten und ihren wohlthätigen Einfluß verbreiten muß. Sie hat das ganze Staats-Wohl, in physischer Hinsicht, zu ihrem reinen Zwecke zu machen, wozu die Sicherung des freyen Gebrauches der Kräfte und des Eigenthums des Staatsbürgers, ohne Verletzung der Rechte Anderer, wohl das eminenteste Mittel, und welche zugleich der bestimmt präsumtive Wille jedes einzelnen National-Gliedes, also auch der ganzen Nation, ist.

§. 19.

Da aber nicht nur der wirthschaftliche Theil derselben zur vollständigen Wissenschaft der Staatswirthschaft gehöret; da die Politik der Staats-Oekonomie-Gesetzgebung, um den Zweck des Staates, in der Sphäre der Staats - Oekonomie, mit Kraft und Vollkommenheit zu erreichen,

auch sich auf den rechtlichen Theil, also auf die Rechte und Verbindlichkeiten des Regenten und der Nationalglieder, in Ansehung des physischen Wohlstandes, erstrecken muß: so macht auch das Staats-Oekonomie-Recht einen Bestandtheil der Staatswirthschafts - Wissenschaft aus, welches so viele Rechtstheile begreifen muß, als wirthschaftliche Theile in der Staats-Oekonomie enthalten sind.

§. 20.

Nach dieser Ansicht und nach der Natur der Sache selbst wird nun der bisherige Begriff von Staatswirthschaft die rein wirthschaftliche Tendenz enthalten, und diejenige mehrerer Staatswirthschafts-Lehrer und Schriftsteller, als nicht adäquat, erschienen, in welcher sie die Staatswirthschaft bald in die im weitern und engern Sinne eintheilten, und unter jener den wirthschaftlichen und politischen, und unter dieser den politischen Theil allein verstanden, bald aber auch die Finanzwirthschaft allein, und bald diese in Verbindung mit

der Staats-Polizey dazu rechneten u. s. w. Die Staats-Oekonomie kann keine andere Wirthschaft seyn, als welche diejenigen treiben, die im Staate leben und den Staat ausmachen, und diese sind: Das Volk und der Regent; also bilden die National-Oekonomie und die Finanz-Oekonomie, zusammen, die Staats-Oekonomie in ihrem wirthschaftlichen Theile, und das National-Oekonomie-Recht und Finanz-Oekonomie-Recht, zusammen, bilden den rechtlichen Theil der Staats-Oekonomie, oder das Staats-Oekonomie-Recht.

§. 21.

In gleich falscher und unrichtiger Bedeutung werden denn auch die Begriffe: Staats-Vermögen, Staats-Einkommen, Staats-Reichthum, Staats-Aufwand, Staats-Credit, u. s. w. genommen, wenn man ihnen diejenige Tendenz unterlegt, welche eigentlich von der Regierung allein, an sich selbst betrachtet, gesagt und verstanden wird. Staat ist nicht

der Nation oder dem Volke entgegengesetzt noch viel weniger macht er die Regierung allein aus, sondern Nation und Regierung, zusammen, sind in seinem Begriffe enthalten. Daher ist Staats - Vermögen alles Vermögen, was im ganzen Staats-Umfange sich befindet. Will man nun das Vermögen, welches die Staats-Regierung ausschließlich besitzt, richtig bezeichnen, so kann man es nicht Staats - Vermögen, sondern muß es Staats-Regierungs-Vermögen heißen; denn Staats - Vermögen schließet das National-Vermögen und das Staats - Regierungs - Vermögen, zusammen, in sich. Auf gleiche Weise müssen auch die übrigen Begriffe verhältnißmäßig in solcher Bedeutung genommen und verstanden werden.

§. 22.

Obgleich die Regierung, als solche, der Nation entgegengesetzt zu seyn scheint, und in solcher Beziehung auch das Wort — Staats-Regierung — nach dem aus zwey Theilen vereint angenommenen Be-

griffe vom Staate nicht passend wäre: so muß doch auch hierüber dieser gebrauchte Ausdruck gerechtfertiget werden, weil er der Consequenz wegen in Rücksicht auf das formelle Prinzip eine Stelle hier verdient. Die Regierung hat nicht nur sich selbst, sondern auch die Nation zu regieren, zum Staatszwecke zu leiten; also handelt sie in ihrem [und dem Namen der Nation zugleich, denn sie muß nicht nur, was für sie selbst, sondern auch was für die Nation zweckmäfsig ist, besorgen. Sie ist der Nation zwar entgegengesetzt, und stehet, als ein Theil des Staates, von dem andern Theile desselben, von der Nation, in einer getrennten Eigenschaft dadurch, daß sie eine Gewalt ist, die befiehlt und Gehorsam fordert, und daß die Nation gehorcht; aber auf einer andern und zwar der bedeutungsvollsten Seite erscheint sie wieder, als nicht getrennt dadurch, daß sie den ganzen Staat, also sich selbst und die Nation, repräsentirt, mithin Regierung und Nation in Eins gleichsam zusammen geschmolzen erscheint. Daher können die

Ausdrücke: Staats-Regierung, Staats-Politik, Staats-Repräsentant u. s. w. füglich, als obere Form-Begriffe, im collectiven Sinne, gebraucht werden, aber man kann nicht sagen: Staats-Finanz-Wirthschaft, Staats-Finanz-Rechnungs-Wesen u. s. w., weil diese Wirthschaft einseitig und ausschliesslich nur ein Theil des Staates, nemlich die Regierung für sich, in getrennter Eigenschaft besorget, und nur ein einseitiges Interesse hier beobachtet. Man kann nur sagen: Finanz-Wirthschaft, Finanz-Oekonomie, Finanz-Rechnungs-Wesen u. s. w. Wenn gleich die Finanz-Oekonomie ihre Einkünfte für den Staatszweck verwendet: so geschiehet es doch nur einseitig; sie handelt hier ganz allein für sich, ihre Tendenz stehet im Gegensatze mit der Nation, und die Finanz-Regierung ist nur ein untergeordneter Theil der Staats-Regierung oder des Regenten. Eben so die Hoheit oder Regierung im Justiz-Wesen, im Militär-Wesen, im öffentlichen Erziehungs- und Bildungs-Wesen.

§. 23.

Die Gesetzgebung, welche derjenige Zweig der Staats-Organisation realisirt, dem die Besorgung der Staats-Oekonomie in höherer Tendenz, in der der Politik für das physische Staatswohl, zur Function anvertraut ist, kann nicht mehr in die Kategorie einer Wirthschaft gezählt werden, weil man dem Ausdrücke — Wirthschaft, Oekonomie, Staats-Wirthschaft, Staats-Oekonomie u. s. w. — in der Regel, keinen andern, als einen empirischen, sinnlichen Begriff unterlegt, welcher nicht mehr auf den Ressort der Gesetzgebung und der Politik paßt, und der an seine Spitze einen andern obersten Form-Begriff erfordert. Daher wird dieser oberste Form-Begriff am füglichsten die Benennung — Politik der Staats-Oekonomie-Gesetzgebung — erhalten können, weil er derjenige Central-Punkt ist, aus welchem der wirtschaftliche und rechtliche Theil der Staats-Oekonomie beurtheilt, und die für das physische Staatswohl zweckmäßigste Anordnung und Aufsicht entsprin-

gen muß. Aus eben diesen Gründen der Empirie wird mithin auch der neuerlich beliebte Ausdruck — Staats-National-Wirthschaft — so wenig passend seyn, als es passend ist, wenn man den wirthschaftlichen Theil unter die politische Oekonomie zählt.

§. 24.

Der Politik der Staats-Oekonomie-Gesetzgebung, deren Function aus dem Gesagten bekannt ist, muß aber auch eine executive Gewalt entsprechen, welche die von ihr gegebenen Gesetze, Regeln und Normen befolgt, in Ausübung bringt, und wieder eine eigene Organisation nöthig hat, die sich auf die objective oder amtliche, auf die subjective oder persönliche und auf die geographische Tendenz beziehet. Diese executive Gewalt kann die Staats-Oekonomie-Administration heißen, und die Staats-Oekonomie — oder s. g. Cameral-Praxis mit zu ihrem Ressort rechnen.

§. 25.

Die ganze Staatswirthschafts-Wissenschaft wird also nach dem, was bisher gesagt worden ist, mithin nach ihrem formellen Prinzip, in drey Haupttheile zerfallen, nämlich:

- 1) in den wirthschaftlichen Theil oder die Staats-Oekonomie,
- 2) in den rechtlichen Theil oder das Staats-Oekonomie-Recht, und
- 3) in den gesetzgebenden oder politischen Theil oder die Politik der Staats-Oekonomie-Gesetzgebung.

Die angehängte Tabelle wird diese ganze Wissenschaft in ihrer systematischen Form und in ihren vorzüglichsten Theilen, wie sie sich aus der Natur des Gegenstandes selbst resultiren, übersichtlich darstellen.

§. 26.

Von dieser Ansicht ausgegangen, kann man ferner auch den Rechtslehrern ihren Begriff von Staatsrecht streitig machen.

Diese verstehen unter Staatsrecht die wechselseitigen Rechte und Verbindlichkeiten zwischen dem Regenten und dem Volke. Staatsrecht aber, nach dem obigen Begriffe richtig analysirt, heisset der Inbegriff sämtlicher Rechte im ganzen Staate, muß also collectiv genommen werden; es muß die wechselseitigen Rechte und Verbindlichkeiten zwischen Regent und Volk und zwischen den National-Gliedern unter sich, mithin Staats-Constitutions- und Regierungs-Recht, bürgerliches, peinliches Recht, kurz alle Rechte des Staates, zusammen, begreifen. Ob die Benennung — *jus publicum*, welches auf die Verhältnisse zwischen Regent und Volk gehet, und die — *jus privatum*, welches auf die Staats-Bürger unter sich gehet, richtig sey? — da doch auch das letztere eine öffentliche Tendenz im eigentlichen Sinne hat, — ob überhaupt Staatsrecht und Privatrecht, nach dem bisherigen Begriffe, einander entgegengesetzt werden können? — das gehöret nicht hieher zur Untersuchung.

§. 27.

Haben denn doch die neuern Staats-Wissenschafts-Lehrer diesen Begriff eben so collectiv und in gleichmäßiger Bedeutung mit unserer Behauptung angenommen: Warum soll er nicht auch in den andern Wissenschaften gültig seyn? — Warum soll er hier nicht auch dieselbe Bedeutung haben? — Die Staatswissenschaft erstreckt sich auf alle Zweige und Theile, die sich im ganzen Gebiete des Staates befinden, und den Staat, als Staat, seinen Zweck und sein Wohl angehen. Die Staats-Wissenschaft, welche auch Staatslehre, Staatskunde, Staats-Politik, oft sogar auch Staats-Polizey genannt wird, ist der Inbegriff derjenigen Kenntnisse, die sich in der Auseinandersetzung der verschiedenen Regierungsformen und deren Einfluß auf den Staat, der zweckmäßigsten Gesetzgebung und Verwaltung in allen möglichen Zweigen und Theilen des Staates, also in derjenigen Weisheit und Klugheit, aussprechen, wodurch der Staatszweck, die Erhaltung und Bewahrung des Staats-

Vereins, am sichersten, einfachsten und besten erreicht wird. Ihr Inhalt muß also sowohl auf die Unabhängigkeit des Staates, auf die Sicherheit der Personen und des Eigenthums, auf die sittliche und intellectuelle Bildung, als auch auf den physischen Wohlstand sich erstrecken, mithin die Wissenschaften des Kriegs, der Diplomazie, der Justiz, der Pädagogik, der Künste, der Religion, der Medizin, der Staatswirthschaft u. s. w. in sich fassen, und zwar in derjenigen höhern Tendenz, in welcher nur die Vernunft-Gesetze, die eigentliche Tendenz der Politik, in Beziehung auf den ganzen Staat und dessen Wohl, berücksichtigt werden. Das Detail jeder einzelnen Wissenschaft bleibt auch einer jeden resp. selbst überlassen; dieses gehet die Staats-Politik unmittelbar nichts an, sondern nur mittelbar, indem sie alles aus dem höhern Gesichtspunkte der Gesetzgebung, der Staatsweisheit, betrachtet. Daher muß man sich oft sehr wundern, wenn man die Rubriken — Jurisprudenz und Staats-Wissenschaft — also beyde, in einer

einander coordinirten Eigenschaft, antrifft, da doch die erstere der andern in der Form subordinirt seyn sollte. Nicht weniger auffallend ist es, wenn man dieser Wissenschaft den Namen — Staatshaushaltungs-Kunde beylegt, in welchem Begriffe man allgemein mehr eine empirische, als ethische und rationelle Tendenz findet.

§. 28.

Am meisten muß man sich wundern, wenn man unter Staats-Polizey nicht die ganze Staats-Politik, sondern einen engern Begriff, nämlich: den der Sicherstellung gegen Nachtheil aus dem geselligen Beysammenseyn und der Natur-Allmacht versteht, und sie zugleich als eine eigene selbstständige, den andern Staats-Regierungszweigen coordinirte Wissenschaft ansiehet. In dieser Eigenschaft sowohl, als in jeder andern, kann sie nie eine eigene, selbstständige Wissenschaft seyn, weil ihr kein besonderes, eigenes Object wie z. B. der Justiz, der Theologie, der Medicin, der Staatswirthschaft u. s. w. un-

terligt, sondern sie immer nur das Polizeyliche jeder respectiven Wissenschaft enthält. Ein solches aus mehreren verschiedenen Theilen anderer Zweige zusammengesetztes System wird nie eine selbstständige, eigene Wissenschaft bilden können. Aber auch daß man der Staats-Politik den Namen — Staats-Polizey — gibt, und denselben Begriff mit der letztern verbindet, möchte nicht ganz passend seyn, denn jener wird man in der Regel mehr eine rationelle und speculative, und dieser mehr eine empirische und practische Tendenz zuschreiben. Unter Staats-Polizey verstehe ich eigentlich die Execution, die Vollziehnnng der von der Staats-Politik ausgehenden Gesetze, Regeln und Normen. Sie kann sich zwar, als Vollzieherin, auf alle Theile erstrecken, welche die Staats-Politik enthält, aber nicht, wie diese, in einer gesetzlich ordnenden, sondern in der exequirenden Eigenschaft; auch wird sie sich nicht dergestalt äußern, daß Eine Behörde, selbst auch mit Unterbehörden, die Vollzieherin aller Theile der Staats-

Politik bildet. Von vielen Gegenständen, ja von den meisten, der Justiz-Politik ist die Justiz-Behörde selbst die Vollzieherin, so bey der Erziehungs- und Bildungs-Politik, bey der Staatswirthschafts-Politik u. s. w. Es ist auch eine ganz willkürliche Sache, was für Theile und welche Gegenstände man aus der ganzen Staats-Politik in Eine Function zusammenwerfen, und Einer Central-Behörde mit Unterbehörden zur Ausführung überlassen will. Daher kömmt es auch, daß eine Polizey-Behörde oft einen größern und ausgedehntern Wirkungskreis hat, als eine andere, je nachdem man nämlich ihr mehr oder weniger Theile aus der sämtlichen Staats-Politik zur Vollziehung anweist.

§. 29.

Ein jeder Staats-Regierungszweig hat in seinem Fach einen Theil, welcher die Politik ausmacht; exequirt er nun seine Politik selbst: so macht er die Polizey davon; ist aber ein Theil seiner Politik einer andern besondern Behörde zur Vollziehung

überlassen: so macht diese Behörde die Polizey von dem ihr überlassenen Theile. Die Staats-Politik ist das Object, und die Staats-Polizey das Subject, letztere macht daher nie ein geschlossenes Ganzes allein aus, wie mehrere Lehrer und Schriftsteller wännen. Sehr gewöhnlich theilet man der Polizey folgende Gegenstände zu:

- 1) Die öffentlichen Sanitäts- und Medicinal-Anstalten zur Verhütung epidemischer und contagiöser Krankheiten.
- 2) Aufsicht auf Bettler, Vaganten, auf Fremde und Gasthäuser, auf das Pässe- und Post-Wesen,
- 3) Aufsicht auf öffentliche Reinlichkeit.
- 4) Aufsicht auf die Nahrungs- und Lebens-Mittel, ihre Güte, Unschädlichkeit und ihre Preise,
- 5) Aufsicht auf Feuer-Brand- und Lösch-Anstalten, auf Hunde, auf Ueberschwemmungen u. s. w.
- 6) Aufsicht auf Ruhe- und Ordnungstörende Zusammenrottungen.
- 7) Aufsicht auf die Befolgung gemach-

ter Luxus - Aufwands - und anderer Gesetze.

8) Aufsicht auf Armen - Irren - und andere Wohlthätigkeits - Institute.

Mitunter werden die Gegenstände der Staats - Polizey noch weiters ausgedehnt auf die National - Oekonomie - Polizey, auf Erziehungs -, Sitten - und Religions - Polizey, oft sogar auch auf die willkürliche Gerichtsbarkeit. Allein alle diese Gegenstände sind Theile verschiedener Staats - Regierungszweige, denen man sie aus ihrem Wirkungskreise abgenommen, und einer eigenen Behörde zur Besorgung übergeben hat.

§. 30.

Alles dieses ist ein hinreichender Beweis, daß die Staats - Polizey nicht als eine eigene, selbstständige Theorie auftreten könne, sondern nur die Vollziehung der von der Staats - Politik gemachten Gesetze und Anordnungen in ihrer Function habe. Daher kommen auch so viele schwankende und unzureichende Begriffe und Definitionen der Polizey vor, so vielerley Grenz-

Bestimmungen zwischen ihr und den andern Staats-Regierungszweigen, je nachdem man ihr bald mehr, bald weniger, Inhalt und Ausdehnung unterlegt. Jeder Staats-Regierungszweig muß einen politischen und einen polizeylichen Theil haben, und es kömmt auf die Staats-Einrichtung an: Ob man eine besondere Polizeybehörde errichten, und welche Gegenstände und Ausdehnung man ihr einräumen wolle? — oder ob man jedem Staats-Regierungszweige selbst die Execution oder die Polizey überlassen wolle? — Gestattet man einer eigenen besondern Polizeybehörde zu viel Umfang, zu viel Spielraum; so macht sie auch zu viele Eingriffe in die treffenden Staats-Regierungszweige selbst, und wird dadurch sehr nachtheilig. Will man eine eigene Central-Polizeybehörde mit Unterbehörden errichten: so muß man ihr nur solche Gegenstände zur Function überlassen, welche einem Staats-Regierungszweige selbst zu überlassen nicht wohl angehen, ihm zu beschwerlich seyn, und ihn an seinen übrigen Besorgungen zu sehr hindern würden.

Es müssen ferner die Grenzen genau bestimmt werden, um allen Um- und Eingriffen, deren sie sich gewöhnlich so gern bedient, vorzubeugen. Gr. von Soden sagt in seiner National-Oekonomie III. S. 211. sehr schön :

„Polizey wurde der Zauberschlag der
 „Machthaber. Durch den Talisman
 „dieses Wortes wurden bürgerliche Frey-
 „heit und Eigenthum zum Spielzeug
 „der Despozie; die Schranken der Staats-
 „Verfassungen stürzten ein, die Charta
 „magna der Nationen wurde zerrissen,
 „und das Heiligthum der Gesetze ent-
 „weiht.“

Ferner S. 213:

„da, wo dem Staatsbürger jede Hand-
 „lung abgewogen, jede Bewegung ge-
 „regelt wird, wo bey jedem Schritte
 „ihm die Staats-Gewalt begegnet, wo
 „sie allenthalben ihn in eiserne Formen
 „presst, wo weder seine intellectuellen
 „noch physischen Kräfte irgend einen
 „unbelauerten Spielraum zur freyen
 „Bewegung mehr finden, muß er sein

„Daseyn in einem peinlichen Zustande
„vertrauern, und der heitere Frohsinn,
„der reine Lebensgenuss, der Zweck
„der über alle Zweige der Staatshaushaltung waltenden National-Oekonomie, ist dahin.“

Polizey wird nie zu einer eigenen Wissenschaft, sondern etwa nur zu einer praktischen Lehre sich erheben können, worin das Verfahren, der Geschäftsgang und die Art der Geschäfte desselben, wenn ihr Umfang, ihr Wirkungskreis, fest bestimmt ist, gelehrt werden.

§. 31.

Nachstehendes Verzeichniß der vornehmsten Theile der Staatswirthschaftswissenschaft möge nun die Form derselben in ihrer systematischen Tendenz darstellen, wobey noch die Bemerkung zu machen wäre: daß die Darstellung und Würdigung der verschiedenen staatswirthschaftlichen Systeme, als: des physiokratischen oder ökonomischen, des Merkantil- oder Handels- und Fabriken-

und des s. g. Industrie- oder Smith'schen Systems, so wie des geschlossenen Handelsstaates von Fichte, erst am Ende mit Nutzen vorgenommen werden kann, wo eine bestimmte, richtige Staatswirthschafts-Wissenschaft vorgetragen und in die Erkenntniß übergegangen ist.

Staatswirtschafts - Wissenschaft.

I) Staats - Oekonomie.

A) National - Oekonomie

1) theoresischer oder speculativer Theil,
enthaltend die allgemeinen Gesetze
und Bedingungen

a) zur Erwerbung und Vermehrung
des National - Einkommens,

b) zur Vertheilung desselben unter
die National - Glieder,

c) zum Gebrauche, zur Benutzung
oder zur Consumption desselben.

2) practischer oder angewandter Theil,
sich beschäftigend mit den Grund-
sätzen und Regeln

a) zur wirklichen Gewinnung der
rohen Producte oder der Urpro-
duction: Feldwirthschaft, Forst-
wirthschaft, Bergbau, Jagd und
Fischerey (Landwirthschaft im
weitesten Sinne)

b) zur wirklichen Verarbeitung, Zu-
richtung, Genießbarmachung der
Urproducte, oder der industri-
len Production: Fabriken,

Manufacturen, Handwerke, (Technologie.)

- c) zum wirklichen Absatze, zur Aus-
theilung, Verbreitung sowohl der
Ur- als der industriellen Producte,
oder der commerciellen Pro-
duction (Handel und Trans-
port.)

B) Finanz-Oekonomie, begreifend:

- 1) die Lehre von dem Staatszwecks-
Aufwande, den Staats-Regierungs-
Bedürfnissen,
- 2) die Lehre von der Erhebung und
Verwendung des Staats-Regierungs-
Einkommens,
 - a) des unmittelbaren, aus dem der
Regierung zur Benutzung über-
lassenen Vermögen durch
 - α) die zweckmässigste Benutzung
der Domänen,
 - β) — — der Regale,
 - b) des mittelbaren, aus dem Natio-
nal-Vermögen: Gefälle, Steuern,
Abgaben.
- 3) die Lehre von der Nachweisung der
Erhebung u. Verwendung des Staats-

Regierungs - Einkommens (Finanz-
Rechnungs - Wesen).

- a) Finanz - Rechnungs - Etat ,
- b) Finanz - Rechnungs - Führung ,
- c) Finanz - Cassen - Verwaltung ,
- d) Finanz - Rechnungs - Revision ,
- e) Finanz - Rechnungs - Justification
und Absolution.

II) Staats-Oekonomie-Recht.

A) National-Oekonomie-Recht

- 1) das Gewerbe-Recht zur Gewinnung der rohen Producte, Landwirthschafts-Recht, als: Feldwirthschafts-Recht, Forst- und Jagd-Recht, Berg- und Salzwerks-Recht, Fischerey-Recht etc.
- 2) das Gewerbe-Recht zur Verarbeitung, Zurichtung der rohen Producte, als: Manufactur-Recht, Zunft- und Handwerks-Recht, Bierbrauerey-Recht, BranntweinBrennerey-Recht, Mühlen-Recht etc.
- 3) das Gewerbe-Recht zur Absetzung, Austheilung der rohen und zugerichteten Producte, als: Handels-Recht, Wechsel-Recht, Gastwirthschafts-Recht etc.

B) Finanz-Oekonomie-Recht

- 1) das Recht der Benutzung des Staats-Regierungs-Vermögens
 - a) das Recht der Domänen,
 - b) das Recht der Regale,
 - aa) das Strafsen-Recht,

- α) das Geleits-Recht,
- β) das Fuhr- und Fracht-Recht,
- bb) das Wasser-Recht
 - α) in Ansehung des Gebrauches des Wassers
 - $\alpha\alpha$) das See-Recht,
 - $\beta\beta$) das Recht der Flüsse,
 - $\gamma\gamma$) das Brunnen-Recht
 - β) in Rücksicht auf den Grund und Boden, den das Wasser umgibt und berührt
 - $\alpha\alpha$) Ufer-, Deich- oder Damm-Recht.
 - $\beta\beta$) Zuwachs-Recht durch das Wasser
 - γ) in Ansehung der in und unter dem Wasser befindlichen, lebendigen und leblosen Körper
 - $\alpha\alpha$) See-Fischerey,
 - $\beta\beta$) leblose Körper: Goldsand, Perlen, Korallen, Bernstein u. s. w.
 - $\gamma\gamma$) Strand- und Grundruhr-Recht
- cc) das Münz-Recht,
- dd) das Post- und Bothen-Recht.

2) das Recht auf das National-Vermögen zum Behufe des Staats-Regierungs-Einkommens

a) das Recht der Gefälle aus der Cameral - und Polizey - Verwaltung

b) das Recht der Gefälle aus der Fiscal - Gewalt,

c) das Steuer-Recht

α) das Zehent-Recht

β) das Zoll-Recht

3) das Finanz-Rechnungs-Recht

a) von den Pflichten der bey dem Rechnungswesen vorkommenden Personen

b) von den Rechten und Verbindlichkeiten, die aus dem Rechnungs- und Cassen-Wesen entspringen

c) von dem Rechte der Finanz-Rechnungs-Sanction

α) Rechnungs-Revision

β) — — Justification

γ) Quittung und Absolutorium

d) von den Fehlern, Verbrechen und Strafen bey dem Finanz-Rechnungs-Wesen

α) Rechnungs-Commission,

β) de dolo et culpa,

γ) de casibus fortuitis,

δ) de crimine de residuis,

ε) de crimine falsi.

III) Politik der Staats-Oekonomie-Gesetzgebung und Verwaltung

in Hinsicht

A) auf das Bevölkerungs-System

B) auf den wirthschaftlichen Theil

1) der National-Oekonomie.

a) der Urproduction

b) der industriellen Production

c) der commerziellen Production

d) der Consumption,

2) der Finanz-Oekonomie

a) der Staats-Regierungs-Bedürfnisse

b) der Befriedigungs-Mittel dieser Bedürfnisse

aa) der Domänen,

bb) der Regale,

cc) des Steuer-Systems

dd) des Staats-Credit-Systems,

α) Staats-Credit: National-Credit,
Staats-Regierungs-Credit,

β) Staats-Anleih-System: National-Anleihen, Regierungs-Anleihen,

$\alpha\alpha$) Formen desselben

-
- 1) mit und ohne Verpfändung von National- und Staats-Regierungs-Vermögen und Einkünften,
 - 2) Annuitäten,
 - 3) Leib-Renten und Tontinen,
 - 4) Lotterien,
 - 5) gezwungene Anleihen,
 - 6) Eingriffe in das Eigenthums-Recht durch Einziehung der Pupillen-Depositen-Kirchen- und Gemeinde-Capitale und Güter,
 - 7) Zurückbehaltung der Besoldungen der Staatsbeamten,
- ββ) Tilgung der Staats-Schulden: National- und Staats-Regierungs-Schulden,
- γ) Papier-Münz-System,
- ee) des Staatsschatz-Systems: National-Schatz, Regierungs-Schatz,
- ff) des Staats-Bankerotts: National-Bankerott, RegierungsBankerott.

C) auf den rechtlichen Theil

- 1) allgemeine Justiz - Gesetzgebung zur
Sicherung des Eigenthums und der
Freyheit überhaupt,
- 2) besondere Justiz - Gesetzgebung
 - a) für die National - Oekonomie
 - b) für die Finanz - Oekonomie

D) auf die Staats - Oekonomie - Administration

- 1) Organisation der Staats - Oekonomie - Verwaltung
 - a) in objectiver oder amtlicher
 - b) in subjectiver oder persönlicher
 - c) in geographischer Beziehung
- 2) Lehre der Staats - Oekonomie - oder
s. g. Cameral - Praxis oder der Geschäftslehre in formeller Hinsicht
 - a) allgemeine Grundsätze
 - aa) für die zweckmäßige Einrichtung des Geschäfts - Ganges
 - bb) für die zweckmäßige Betreibung der Geschäfte
 - b) Besondere Anwendung der allgemeinen Grundsätze

aa) auf die Geschäfte in der National-Oekonomie

bb) auf die Geschäfte in der Finanz-Oekonomie.

E) Darstellung und Würdigung der verschiedenen staatswirthschaftlichen Systeme

1) des physiokratischen oder Oekonomie-Systems,

2) des Merkantil- oder Handels- und Fabriken-Systems,

3) des Industrie- oder Shmith'schen Systems,

4) des Fichte'schen geschlossenen Handelsstaates.

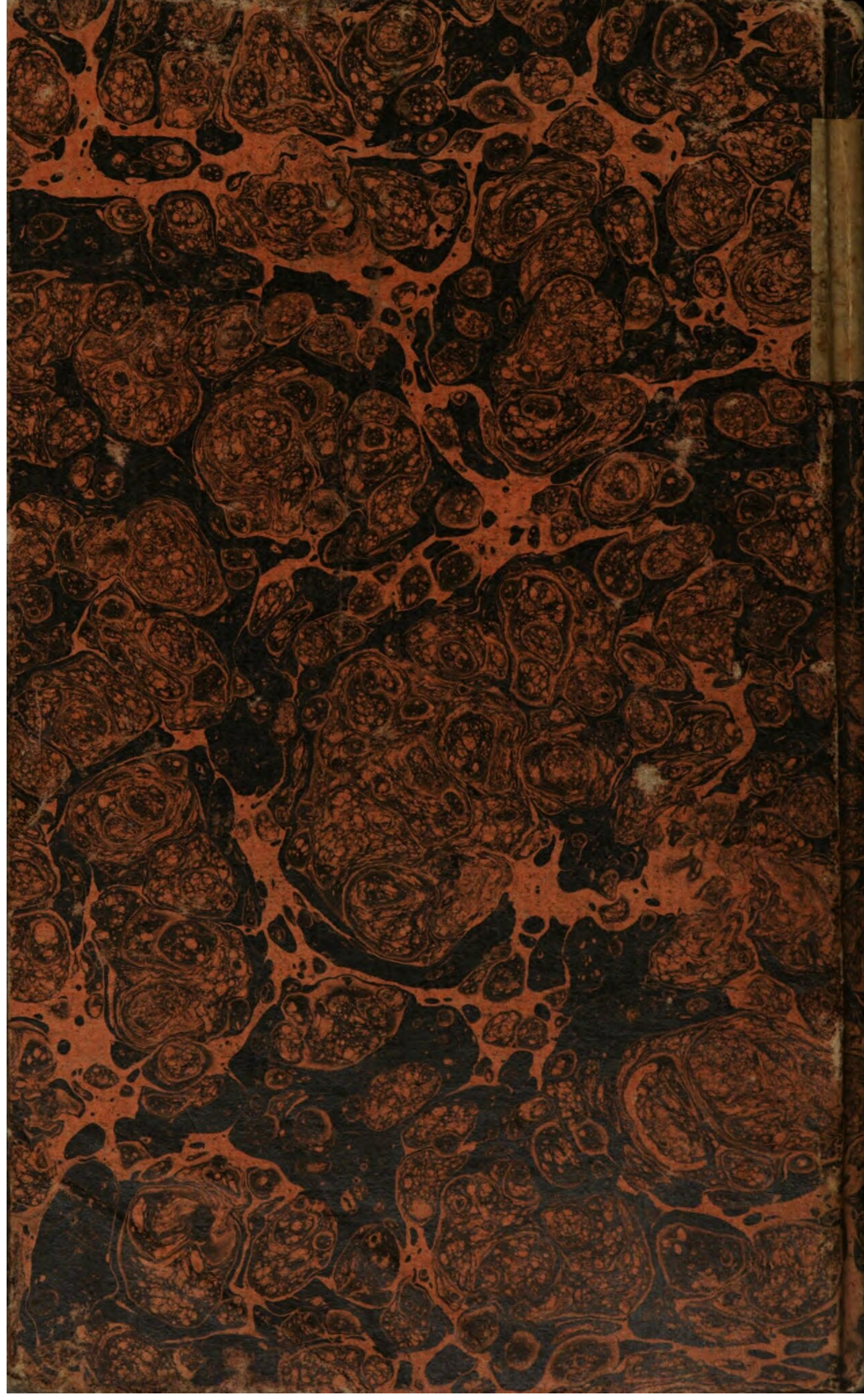


C+M1P 1S PP 807/85 ~~2~~

HF364 xx3/÷ 2.

~





Eschenmayer, Heinrich,

Ueber das formelle Prinzip der Staatswirthschaft als Wissenschaft und
Lehre

Heidelberg 1815

Cam. 36

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10388293-2